

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 fl.
monatl. 4,80 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 fl. Bei
Postfach vierfach 16,08 fl., monatl. 5,86 fl. Unter Streifzügen in Polen monatl. 7 fl.
Danzig 3 fl. Deutschland 2,50 fl. R.M. — Einzelnummer 25 fl. Sonntags 30 fl.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 80 Groschen, die 90 mm
breite Reklamezeile 250 Grosch. Danzig 20 bzw. 150 fl. Pf.
Deutschland 20 bzw. 150 Goldpf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platz-
vorräte und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 Groschen. — Fällt das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewalt übernommen.

Vollzeitkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 247.

Bromberg, Donnerstag den 27. Oktober 1927.

51. Jahrg.

Papst und Diktator.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, Ende Oktober.

Seit der Verschlagung des Kirchenstaates ist kein Augenblick günstiger gewesen als der jetzige, um den damals geschnüpperten Knoten der "römischen Frage" wieder zu lösen. Die Welt erlebt ein Schulbeispiel dafür, daß das Wesen der Gewalt nicht immer bloß Zerstörung sein muß: Gewalt setzt den souveränen päpstlichen Stuhl hinweg; nur Gewalt vermag ihn wieder in seine Rechte einzuführen. Nur ein Diktator kann dem Papst zurückgeben, was ein Diktat ihm raubte.

Einige liberale und demokratische Regierungen hatten es im Glauben an die Macht der Verhandlungskunst unternommen, Brücken zur Leostadt hinüberzuschlagen; einige Kardinäle mögen Fühlung genommen haben, aber jede Lösungsmöglichkeit mußte in den Egoismuskanälen der Parteien und Parlamente verlaufen, in der Hoffnung ersticken, an der Freimaurerei zerschellen. Genau wie die mehr oder minder gut gemeinten Einmischungsabsichten fremder Mächte und die internationalen Konferenzpläne nach dem Muster des dritten Napoleon. Denn das steht trotz des päpstlichen Konflikts mit "Italien" über der römischen Frage: die Italiengläubigkeit, um nicht zu sagen der Nationalismus des Stuhles Petri, den zwar der Theorie nach, niemals aber in Wirklichkeit ein Nichtitaliener bestiegen könnte. Es heißt also Irrlichtern nachlaufen, wenn jetzt phantasielose Leute hergehen und in die römische Frage so etwas wie Völkerbundlust hineinpumpen möchten. Eine Einigung wäre nur unmittelbar zwischen beiden Lagern zu erreichen, zwischen "Quirinal und Vatikan" — wie man nach alter Gewohnheit noch immer zu sagen pflegt, sehr zu Unrecht. Das Neue, die Gunst des Augenblicks liegt eben gerade in der Ausbildung dieses Schlagwortes. Heute hat keine Regierung und kein Hof mehr die Möglichkeit, die römische Frage zu lösen, sondern ausschließlich ein einziger Mann — Mussolini. Wenn er will, so verläßt der Papst morgen zum Zeichen des Friedens den Vatikan. Nur ein Genie, so hört man seit einem halben Jahrhundert sagen, vermöge die römische Frage zu lösen, wie sollte das also den Duce nicht reizen?

Aber Mussolini ist weniger ehrgeizig als patriotisch, er würde die Großmacht Italien nicht einmal um den Preis von Rom antasten; gerade die Macht seiner unumschränkten Autokratie verbietet ihm einen allzu leichten Sieg. Er könnte sich als das legendäre Genie erweisen, indem er Thron und Kurie versöhnte, mühte sich dann aber selbst verlegen. Mit anderen Worten, er könnte heute den Sieg buchen, wenn er dem Papste gäbe, was dieser verlangt — ein Stück Italien. Und damit ein Stück vom Herzen Mussolinis. Eine Forderung, die auch einen Diktator zum Überlegen veranlassen kann.

Das ist die Ause, um die sich die gegenwärtige Polemik dreht. Ohne die Gebundenheit an einen einzelnen Menschen brauchte man sie nicht ernster zu nehmen als alle die Jahre bisher. Jedes Jahr nach den Feierlichkeiten an der Porta Pia zur Erinnerung an ihre Eroberung und damit die Einigung Italiens unter dem alten römischen Adler taucht sie in der Presse auf, kann man in Amerika lesen, daß der "Gefangene im Vatikan" diesmal aber ganz bestimmt zu Weihnachten seinen goldenen Käfig verlassen werde. Es hat auch Zeiten gegeben, wo am 20. September jeder strenggläubige Priester sein Haupt verhüllt zu müssen glaubte, und die Manifeste des weltlichen Rom unerträglich vor Vorbeieilen schreckten. Heuer blieb Mussolini ruhig zu Hause und unter seinen Freigästen waren auch kirchliche Würdenträger. Ich unterhielt mich mit einem bekannten Prälaten über den fröhlichen Festlärmen draußen und als die Rede auf die unvermeidliche Frage kam, lächelte er: Die Kirche hat Zeit! Mussolini sah auch nicht aus, als preise ihm das Problem das Herz ab, und heute sagen es alle, der Papst, der Diktator, der *Osservatore Romano* und der *Popolo d'Italia*: Wir haben Zeit.

Es sind ja auch entgegen den Behauptungen der nicht-italienischen Presse, schon viel deutlicher und kräftigeren Worte gefallen auf beiden Tiberufern und floss doch noch viel Wasser durch die Brücken. Der Papst selber, nicht bloß seine Zeitung, ist in heftiger Form gegen die Übergriffe des Faschismus aufgestanden und hat im Heiligen Jahre den Pilgern sein Leid geklagt, indem er versicherte, daß kein Friede möglich sei, solange die unwürdigen Umstände andauern, unter denen der Statthalter Christi leben müsse, der nicht einmal ein eigenes Dach über dem Kopfe habe. Auch damals glaubte man die Beilegung des Streites für unmittelbar bevorstehend, glaubte es überall, wo man sich nicht die unermesslichen praktischen Schwierigkeiten vor Augen hielt.

Nun aber sieht es aus, als ob der Palazzo Chigi das unfruchtbare Feld der Polemik verlassen und zu Daten übergeben wolle. Mussolinis Bruder, Arnaldo, hat öffentlich im *Popolo d'Italia* die These aufgestellt, der faschistische Staat habe alle Attribute, um Richter und Garant bei der Lösung der römischen Frage zu sein. Vorausgegangen war die im *Corriere della Sera* von dem früheren Unterrichtsminister Gentile verteidigte These, die beste Lösung sei schon durch das Garantiegesetz gegeben. Mit der letzteren Annahme räumte der Vatikan in einem offenbar vom Kardinalstaatssekretär Gasparri selber geschriebenen Artikel auf, einer Abseitung, wie sie sich eben nur die einzige nichtfaschistische Zeitung, der päpstliche *Osservatore Romano* erlauben kann. Da heißt es wörtlich, der italienische Staat habe nicht nur die Möglichkeit, sondern auch nach dem allgemein gültigen Moralsatz die Pflicht, den angestifteten Schaden zu heilen, zurückzugeben, was er genommen, Reparation und Restitution. Ausdrücke, die geradezu nach Versailles riechen. Der Einwand Gentiles, von einem Territorium habe ja die Kirche gar nichts, da es der italienische Staat wieder zurücknehmen könne, wird als unlogisch und als grausame Ironie verspottet: Das wäre also so, wie wenn man einem Ausgeplünderten zurufen würde,

man wolle ihm auch nicht ein bisschen lassen, da man es ihm morgen aufs Neue wegnehmen könnte!

Mussolini fiel die Antwort an Arnaldo Mussolini aus, der sich aber immerhin sagen lassen muß, seine These entspreche durchaus der Auffassung derjenigen, die dem Papst in seiner Zeit das Garantiegesetz auferlegten, man sei also nach einem halben Jahrhundert und nach fünf Jahren Faschismus so weit wie vorher.

Es muß anerkannt werden, daß die faschistische Regierung nach dieser Schlappe nicht den Empfindlichen spielt, sondern das Konkrete festzuhalten versucht, was man in den einer Proklamation gleichkommenden Erklärungen des päpstlichen Hofes gefunden zu haben glaubt. Vor allem die Tatsache, daß sich der Papst auch mit einem Miniaturkirchenstaat zufrieden geben würde. Einen Korridor zum Meer scheint er nicht zu verlangen. Optimisten glauben sogar, keinen "Landhunger" mit der Teilung der apostolischen Paläste, über die der Papst nur das Nutzniehungsrecht besitzt, stillen zu können. Man kann lesen, es sei ihm sogar mehr um die Öffenkundigkeit seiner Souveränität nach außen hin, als um ihre territoriale Sicherung zu tun.

Wie dem auch sei, es ist müßig, über Worte und Quadratkilometer zu streiten, denn die Forderungen des Papstes sind unumstößlich formuliert: „Solange der Papst sich nicht auf eigenem, sondern auf dem Territorium einer politischen Macht, also in einem fremden Hause befindet, bleibt als einzige Möglichkeit der offene, aller Welt bekannte Streit mit dem Hausherrn. Unerlässliche religiöse Notwendigkeiten fordern volle Freiheit und Unabhängigkeit, nicht nur tatsächlich, sondern auch den Gläubigen der ganzen Welt offenkundige. Jeder einseitig von Italien unternommene Ausgleichsversuch ist zum Scheitern verurteilt.“

Also statt des bisherigen einseitigen Garantiegesetzes zunächst ein beiderseitiges Abkommen. Wer aber soll mit Mussolini verhandeln? Territorium, gut, aber kann das unter dem Faschismus erstarke Italien neuerdings einen Staat im Staate dulden? Warum nicht, erklärt der Vatikan, es würde damit doch keinen Selbstmord begehen! Hier aber wittert ein unbefangener Beobachter sofort, was in Wahrheit zwischen beiden Lagern steht und nicht mit Namen genannt wird: die Möglichkeit einer politischen Tätigkeit innerhalb eines von Italien nicht mehr kontrollierbaren Kirchenstaates. Man denkt nur an den Kriegssaal, an gewisse petulante Zwischenfälle während des Weltkrieges.

Nur dann wird es Mussolini erwartet bleiben, an der römischen Frage zu scheitern, wenn er über Bedenken solcher Art hinwegkommt.

Revolution in Albanien.

London, 25. Oktober. Das Reuter-Bureau meldet aus Tirana, daß in Albanien ein Aufstand einiger Stämme ausgebrochen sei. Die Aufständischen wenden sich gegen die Diktatur von Ahmed Bogu. Die Revolutionäre werben ihm vor, daß er den Prager Gesandten Benja Beg ermorden ließ und daß er Albanien an Italien verkauft habe. Die Revolution breite sich schnell über ganz Albanien aus.

In Pariser amtlichen Kreisen ist eine Bestätigung der Meldung, daß in Albanien ein Aufstand ausgebrochen sei, noch nicht eingetroffen. Bekannt ist nur, daß eine Personaländerung auf den Posten des Finanzministers und des Ministers für öffentliche Arbeiten eingetreten ist.

Golds Abberufung.

Aufhebung der polnischen ständigen Vertretung in Genf.

Warschau, 25. Oktober. Der Posten des ständigen Delegierten Polens beim Völkerbund soll vom 1. Januar ab aufgehoben werden. Der bisherige Delegierte Sokal wird abberufen, und in Genf wird der Abteilungschef im Außenministerium, Adam Tarnowski, als Beobachter seinen Wohnsitz nehmen.

Eine englisch-französische Intervention.

Warschau, 25. Oktober. (Eigene Meldung.) Nach englischen Blättermeldungen haben die Vertreter Englands und Frankreichs in London bei der litauischen Regierung einen gemeinsamen Schritt unternommen, um diese zur Zurückziehung des dem Völkerbunde über den litauisch-polnischen Konflikt vorgelegten Memorandum zu bewegen.

Die Vertreter der beiden Weltmächte sollen der Kommission nahegelegt haben, die Meinungsverschiedenheiten unmittelbar mit Polen beizulegen, ohne an den Völkerbundrat zu appellieren. Sie sollen auf die Schlichtung des serbisch-bulgartischen Konflikts als auf ein beherzigenswertes Vorbild hingewiesen haben.

Die litauische Presse äußert ihre Entrüstung über die Intervention und bezeichnet sie als einseitige Unterstützung des polnischen Standpunktes.

Litauische Streifbanden gegen Polen?

Warschau, 25. Oktober. (Eigene Meldung.) In Vilna ist die Nachricht eingetroffen, daß im ganzen in Polen grenzenden Gebiet auf Weisung der litauischen Centralbehörden Streifbanden gebildet wurden, deren Aufgabe es sein soll, Einfälle in polnisches Gebiet zu machen. Der Stab der nördlichen zum Giralf bereiten Gruppe befindet sich in Kovaledary, der Stab der südlichen Gruppe in Drissa. In diese Banden werden diejenigen Schülissen aufgenommen, welche sich im polnischen Terrain gut auskennen.

Einberufung der gewöhnlichen Budgetsession.

Warschau, 26. Oktober. (Eigene Meldung.) Gestern mittag wurden dem Sejm- und Senatsmarschall die Verordnungen des Staatspräsidenten über die Einberufung der beiden Kammern zu einer gewöhnlichen Session vom 31. Oktober d. J. an eingehändigt. Da die Sejmkanzlei gleichzeitig davon benachrichtigt wurde, daß der Druck des Budget-Voranschlags für das Jahr 1928/29 dem Sejm am 31. Oktober zugestellt werden wird, hat Sejm-marschall Rataj die Absicht, die erste Sitzung des Sejm zur gewöhnlichen Budgetsession für den 2. bzw. 3. November einzuberufen.

Die "Verfassungskrisis" in Polen.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 25. Oktober. Verfassungskrisen sind gegenwärtig in den meisten Staaten der Welt keine außergewöhnlichen Erscheinungen mehr, sie gehören vielmehr beinahe zum normalen Verlauf des staatlichen Lebens. Der Begriff "Verfassungskrisis" ist aus dem staatsrechtlichen Wortschatze der Vorfriedszeiten, der Zeiten verhältnismäßig langsame Veränderungen entlehnt und wird nun auf Erscheinungen angewendet, die sich aus rapiden Veränderungen und den mit ihnen zusammenhängenden unverhofften, überraschenden und daher als vorübergehend empfundene staatsrechtlichen und staatspolitischen Situationen ergeben. Man bezeichnet als "Krisis" einen Zustand vorübergehender Unordnung und Vermirrung zwischen zwei Dauerzuständen. Der Dauerzustand aus der Vorfriedszeit gehört der Vergangenheit an. Die als Krisis und Unordnung empfundenen, allzu schnell wechselnden, daher überraschenden Situationen und Konstellationen spielen sich in den meisten Staaten der Welt ungehemmt ab und je länger dies dauert, umso mehr gewöhnt sich die Welt an dieses Spiel, das schließlich auch als Dauerzustand aufgefaßt werden kann. Mancher polnische Parlamentarier stellt vom Standpunkt seines Parteiprogramms, das wiederum auf einer Dogma ruht, fest, daß Polen gegenwärtig eine Verfassungskrisis durchmacht, und daß ein dauernder Normalzustand über diese Krisis hinweg erst zu erkämpfen sei. Gezeigt den Fall, daß eine der größeren polnischen Parteien in den nächsten Jahren ihre wichtigsten Verfassungsforderungen durchsetzen sollte, dann wird für diese Partei die Verfassungskrisis als überwunden und ein legaler Dauerzustand als beinahe oder gänzlich erreicht erscheinen. Für die anderen Parteien wird die Verfassungskrisis noch fortdauern, vielleicht etwa noch in geheimer Masse. Dies gilt noch mehr von den Parteien der nationalen Minderheiten.

Die Nationaldemokraten, die Christliche Demokratie, sowie auch die Piatz-Partei bekennen sich offiziell zu einer Art von parlamentarischer Demokratie, die die Gesichtspunkte der polnischen Sozialisten (PPS) und der Bzwoletopartei aus von einer wirklichen Demokratie sehr weit entfernt erscheint. Alle hier genannten Parteien sind jedoch darin einig, die jetzigen staatsrechtlichen Verhältnisse in Polen, insbesondere das Verhältnis der Regierung zu den gegebenden Körperchaften als krisenhaft zu bezeichnen. Grundsätzlich anders betrachten die Lage diejenigen Gruppen, welche der Regierung blindlings vertrauen. Diese Gruppen befürchten die gegenwärtigen Verhältnisse und erwarten von der Regierung des Marschalls Piłsudski selbst, daß er die bereits eingeleiteten Umgestaltungen zu Ende führen und aus ihnen einen Dauerzustand schaffen werde. Für diese Gruppen sind Parlamentarismus und Demokratie — im Sinne einer in der ganzen Welt fest verbreiteten Ideenrichtung nur Formen, die einen verschiedenen, oft gegensätzlichen Inhalt bergen können. Manche denken Köpfe aus diesen Gruppen glauben sogar, daß fortschrittliche, staatsverbessernde Ideen unter Anerkennung der parlamentarischen und demokratischen Formen besser und gründlicher in die Wirklichkeit umgesetzt werden können. Es bleibt dahingestellt, inwieweit derlei Ansichten begründet sind und ob sie unter Umständen nicht auch nützlich und anregend wirken können. Das Mängel im Parlamentarismus bestehen, beweist die Schwäche des polnischen Parlaments und die Stärke der Regierung, welche sich auf keine der bisher bestehenden und im Parlament in annehmlicher Zahl vertretenen Parteiorganisationen stützt. Die Parteien, welche die "Krisis"-Diagnose stellen, suchen sich angesichts der nahenden Wahlen darüber Rechenschaft zu geben, worin die Krisis besteht. Da es sehr wahrscheinlich ist, daß die PPS, nach ihren Erfolgen bei den kommunalen Wahlen zu schließen, aus den Parlamentswahlen als ein sehr wichtiger Machtfaktor hervorgehen wird, ist es von allgemeinem Interesse, zu erfahren, wie sich diese Partei den Übergang aus dem gegenwärtigen Krisenstaaten in einen zukünftigen, von ihr erwünschten Normalzustand im staatlichen Leben Polens denkt.

In einem

"Die Macht in Polen"

betitelten Artikel im "Robotnik" stellt der Abg. Niedzielski vor allem fest, daß die Staatsgewalt in Polen sich ausschließlich auf die Autorität einer einzigen Person, der Person des Marschalls Piłsudski stützt. "Die Organisation der Gewalt und die staatliche Politik Polens hängen tatsächlich nur von einem einzigen Menschen ab. Das ist die technische Stärke und zugleich die ungeheure Schwäche des ganzen Systems. Gegen dieses System tritt eine Opposition auf, welche formell den überwiegenden Teil der polnischen Parteien des Landes umfaßt; in Wirklichkeit aber haben die einzelnen Bestandteile der Opposition nichts miteinander gemein . . ." "Die Opposition der nationalisti-

schen Rechten, des Lagers Großpolens, und gewissermaßen auch des „Piast“ und der Christlichen Demokratie hat ganz andere Quellen, eine ganz andere Ideologie als die Opposition der PPS und der Wyzwolenie-Partei.“ Niedzialkowski verallgemeinert die Sache vielleicht zu sehr, wenn er die Opposition der ersten Parteien gegen die Regierung bloß auf persönliche Motive zurückführt; andererseits meint er mit Recht darauf hin, daß im Bereich der Wirtschaftspolitik ein beträchtlicher Gegensatz zwischen den Rechts- und den Zentrumsparteien und der Regierung eigentlich nicht besteht.

„In Polen bestehen nicht zwei, sondern drei Lager: — sagt Niedzialkowski — das Regierungslager, das Rechts- und Zentrums Lager, wobei ehrlicherweise der „Piast“ und die Christliche Demokratie von der Nationalen Volkspartei zu unterscheiden sind, und als drittes Lager die PPS mit der Wyzwolenie-Partei.“ Das Wesen der Verfassungskrisis sieht Abg. Niedzialkowski darin, daß im jetzigen Sejm die Kräfte der demokratischen Linken und der nationalen Rechten bei der Bankettigkeit des Zentrums einander praktisch die Wage halten. Die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie durch den „Obwiepol“ ist ein ausgemachter Unsinn. Das Regierungssystem hat für sich nicht nur die Autorität aufzubauen, sondern auch die Tatsache der Spaltung der gegebenen Zusammensetzung des Parlaments — in prinzipielle Fragen — in zwei Hälften.“ Dieser Stand der Dinge erscheint dem Abg. Niedzialkowski als vorübergehender Natur. Das jetzige Regierungssystem hat nach ihm zwei Wege vor sich: entweder sich dem Willen des Landes, der sich durch die Wahlen äußern werde, zu beugen oder sich durch eine grundlegende Änderung der konstitutionellen Struktur des Staates in ein dauerndes System umzustalten. Das letztere sei nur durch den Wahlsieg der echten Demokratie mit der PPS an der Spitze zu erreichen.

Nach den bisherigen Schachzügen der Regierung — Niesiecki, Dzikow, Jabłonów — zu schließen, scheint dem jetzigen „System“ dieser demokratische nach links führende Weg nicht sehr am Herzen zu liegen. Andererseits liegen immer neue Tatsachen einer folgerechten Demütigung der Nationaldemokratie und der Niederhaltung der Herrschaftsgläubigkeit dieser Partei vor. Das jetzige System sucht offenbar nach einem eigenen Wege; ob er „zu einer grundlegenden Änderung der konstitutionellen Struktur des Staates“ führen muß, ist noch immerhin fraglich. Das, was die einzelnen Parlamentarier als Krise und als vorübergehend betrachten, kann sich, auch nach dem Zusammentritt des neuen Parlaments, als verhältnismäßig dauerhaft erweisen: ein Zustand des Nichtparlamentarismus mit parlamentarischen Allüren und einer ganz besonderen Art von Ausademokratie. In den jetzigen Zeitschäften sind Wähler nicht ausschlaggebend.

Befürwortungsversuche.

Die P. P. S. am Scheidewege.

(Von unserem Warschauer □-Korrespondenten.)

In der PPS geht allerlei vor. Der Erfolg der Partei bei den Kommunalwahlen, der überraschend groß war, bildet für die Parteibehörden ein Problem. Es gilt, diesen Erfolg zu deuten. Bedeutet er, daß die Volksmassen so weit radikalisiert sind, daß Wähler aus den Rechts- und Mittelparteien stark nach links abgeschrift sind und sich nun der PPS aus prinzipiellen Gründen anschließen? Bedeutet er also ein Zuströmen von neuen Anhängern aus den proletarischen, doch bisher nicht sozialistisch gesinnten Massen, ein Zuströmen, welches den Verlust von proletarischen Stimmen an den Kommunismus reichlich aufwiegelt? In diesem Falle ergäbe sich für die PPS die Aufgabe, dem radikalen Zuge der Volksmassen Rechnung zu tragen und in der gesamten Parteipolitik die spezifisch sozialistischen Postulate mit allem Nachdruck zu betonen.

Es sind aber auch andere Deutungen möglich. Der Stimmengewinn kann auch seinen Grund darin haben, daß demokratisch gesinnte Volkslemente der PPS zulaufen, weil sie im jetzigen Moment die einzige polnische Partei ist, der man eine aufrichtige demokratische Gesinnung zutraut, während zugleich die unbestreitbar gemaßigten sozialen Tendenzen und Aktionen dieser Partei mit allem vernünftig Bürgerlichen als ganz gut verträglich erscheinen. In letzterem Falle würde der Partei die Aufgabe erwachsen, weniger die sozialen, als die politischen Postulate in den Vordergrund treten zu lassen und einen großen Teil der Arbeit einer in Polen nicht vorhandenen richtigen radikal-demokratischen Organisation der städtischen Bevölkerung zu leisten.

Mit allem hängt auch die Frage zusammen, ob die PPS nunmehr ihre oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung zu verschärfen habe — oder ob es geratener wäre, darin nicht zu weit zu gehen und lieber um den Preis gesetzlicher Kompromisse mit der Regierung die Hauptangriffskraft gegen die Endecja, Chadecja und den Piast zu richten. Eine einheitliche, aus der PPS, der Wyzwoleniepartei, der Bauernpartei und den Minderheiten bestehende Linke wäre im künftigen Sejm ein mächtiges Gebilde, dessen Bestand allein die Regierung vor die Wahl stellen würde, entweder sich auf diese Linke zu stützen und mit ihr an der Europäisierung Polens zu arbeiten, oder hoch oben zu bleiben und von rechts sowie von links aus verschiedenen Gründen, aber gleich heftig bekämpft, ein störrisches Parlament tief unter sich zu haben, ein Parlament, mit dem das alte Spiel wiederum anfangen müßte.

Die PPS hat also allerlei zu bedenken und zu erwägen. Es gibt in der Partei unter den Führern ein Häuflein von aufrechten alten Schlages, die nichts anderes wollen, als den Sozialismus, genau nach dem Programm. Aber es gibt auch andere, elastischere Persönlichkeiten, die es in Punkt der sozialistischen Doktrin nicht so genau nehmen. Die Regierung stellt ihnen Leimruten. Dem ehemaligen Arbeitsminister, dem Abg. Ziemięcki soll der Posten eines Beamten im Arbeitsministerium angeboten werden. Auch der Abg. Prussova wurde ein lockender Antrag gemacht, vorläufig ohne Erfolg. Der Regierung wird es nicht leicht fallen, in nächster Zeit viele Parteidräger zu finden, die entschlossen wären, den Spuren Moraczewskis und Hodowłos zu folgen, wenigstens nicht bis zum Zeitpunkte, da die inneren Parteiverhältnisse sich genügend geklärt haben werden.

Städte und Regierung.

Ein politischer Zwischenfall.

Polen, 25. Oktober. Die hier soeben geschlossene Tagung des „Verbandes der polnischen Städte“ fand, der polnischen Presse zufolge, mit einem charakteristischen Zwischenfall ihren Abschluß. Die Vertreter der zentralen linken Gruppen hatten im Präsidium der Tagung einen Antrag eingebracht, der Regierung für ihre Arbeiten an der Erfüllung der Wirtschafts-, Finanz- und Salutverhältnisse in Polen die Anerkennung auszusprechen. In diesem Augenblick schloß der Vorsitzende des Städteverbandes, Dr. Zamadzki (ein Führer des Nationalen Volksverbandes) die Tagung und ließ es auf diese Weise zur Abstimmung über diesen Antrag nicht kommen. Dieser Schritt Dr. Zamadzki stieß auf Widerstand bei den zentralen linken Gruppen. Man rief das Präsidium der

Tagung zusammen und beschloß einen Protest gegen die Schließung der Tagung, der von den Vertretern der Demokraten, der Arbeitspartei, dem linken Flügel der Nationalen Arbeiterpartei, der Bauernpartei, dem Sanierungsverband und der Wyzwolenie-Partei wurde. Hierauf protestierte Herr Jaworowski von der PPS ebenfalls gegen die Schließung der Tagung und gab die Erklärung ab, daß seine Partei einen schriftlichen Protest einlegen werde. Bemerkenswert ist, daß im Augenblick der Niederlegung dieses Protestes die Vertreter der Rechten den Sitzungssaal verließen.

Abg. Kościelkowski nennt diesen Zwischenfall einen „Stand“ und gab einem Vertreter der „Epoka“ über den Bergang folgende Erklärung ab: „Die Organisation der Posener Tagung stand in jeder Beziehung unter aller Kritik. Schon aus technischen Gründen konnte von ernsten, ruhigen Beratungen nicht die Rede sein. Und dann war von vornherein eine Verschwörung politischen Charakters abgefahrt, eine der vielen Manifestationen gegen die Regierung, die wir in der letzten Zeit hatten. Der Auftrag des Abgeordneten Sanoja, der Regierung für die bisherigen wirtschaftlichen Arbeiten, die den Städten entsprechende Entwicklung ermöglichen, die Anerkennung auszusprechen und an sie den Appell zu richten, auch weiterhin den Bedürfnissen der Städte Rechnung zu tragen, trug lediglich wirtschaftlichen Charakter. Es bedurfte eines übertriebenen Fanatismus und einer parteilichen Verbohrtheit, in dem Antrage eine politische Tendenz zu erblicken. Und doch gab er die Gelegenheit zu einer heißen politischen Skandalösen Manifestation. Die Tagung wurde geschlossen, da man befürchtete, daß der Antrag in namentlicher Abstimmung durchzehren könnte.“

Für jeden Menschen in Polen ist es heute schon klar, daß die Regierung des jetzigen Typs noch lange Jahre hindurch die Macht in ihrer Hand behalten wird. Ein loyales Verhältnis zu einer solchen Regierung bedeutet für die Vorstände sämtlicher Städte geradezu das Gebot einer gesunden Vernunft.“

Auf Umwegen.

Der polnische Anteil der Anleihe geht nach Amerika.

Warschau, 25. Oktober. (Eigene Meldung.) Wie die „Gazeta Warszawska Przanna“ aus Bankkreisen erfährt, wird der polnische Anteil der Stabilisierungsanleihe, welcher eine Milliarden ausmacht und über den die polnischen Banken die Subskription ausgeschrieben haben, nicht unmittelbar der Bank Polski oder der polnischen Regierung überwiesen, sondern zunächst nach Amerika geschieht werden. Erst von dort werden die Anleihenblätter eingezahlt haben, nach Polen gelangen.

Das Blatt weist auch zu melden, daß die Zuteilung dieses Teils der Anleihe an die polnischen Banken auf Verlangen der Amerikaner erfolgt sei.

Die Gläubiger fordern Aufhebung der Wertmehrungsverordnung.

In Warschau fand dieser Tage eine große Versammlung von Delegierten der Vereine von Vorkriegsgläubigern aus dem ganzen Land statt, die einberufen war, um in der Wertmehrungsfrage Stellung zu nehmen, da die Frage nach Veröffentlichung des Stabilisierungsplans und der Einführung einer neuen Złoty-Barität aktuell ist. Es wurden zahlreiche Reden gehalten, in denen die Erhöhung der Aufwertung auf 100 Prozent der Skala verlangt wurde. Es wurde darauf hingewiesen, daß die diese Frage regelnde Verordnung, die sog. lex Zoll, erlassen wurde auf der Grundlage des Goldzlotyn bei einem Kurs von 5,18 zł = 1 Dollar. Da dieses Verhältnis durch das neue Stabilisierungsgesetz abgeändert worden ist, müsse die Aufwertungsskala in dem entsprechenden Verhältnis erhöht werden.

Die Versammlung befaßte sich auch mit der Frage, bei den kommenden Seimnahmen selbständig vorzugehen. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der die Aufhebung der „lex Zoll“ und der Erlass einer Verordnung verlangt wurde, wonach Vorkriegsforderungen in vollwertigem Złoty zu bezahlen sind. Außerdem verlangt die Entschließung eine höhere Aufwertung der Darlehen und beschleunigte Bezahlung der Kriegsschäden.

Lloyd George über wahren Frieden.

In einer Versammlung der Bölkerverbundunion in London hielt Lloyd George am Sonntag einen breit angelegten Vortrag über die europäische Lage, der von der englischen Presse als vielleicht das bedeutendste Ereignis der englischen Politik in den letzten Wochen angesehen wird. Die überfüllte Versammlung in einer der größten Hallen Londons zeigte, daß Lloyd Georges Wiederkehr als Vorführer heute keine Theorie, sondern eine Tatsache ist.

In seiner Rede betonte Lloyd George zunächst, daß kein Land so unmittelbar an einem erfolgreichen Arbeiten des Bölkerverbundes interessiert sei, wie gerade Großbritannien. Wenn heute wieder von ernsten Gefahren für den europäischen Frieden gesprochen werde, so müsse man leider feststellen, daß sogar sehr schwere Gefahren drohen. Die Demonstration der kleinen Nationen auf der letzten Bölkertagung für Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung müsse als sehr beachtenswert empfunden werden.

Lloyd George erklärte, daß man sich beim Friedensschluß des Jahres 1919 in Paris durchaus einig gewesen sei, später gewisse Ergänzungen noch vornehmen zu müssen. Allein der Bölkerverbund sei in der Lage, die durch die Ziehung der neuen Grenzen entstandenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Wohl sei es unangenehm und unerwünscht, immer an den Friedensverträgen herumzumäkeln. Europa kommt dadurch nur in einen Dauerzustand der Unruhe. Jeder Versuch zu einer Revision eines Vertrages müsse vorsichtig und diskret unternommen werden. Ein bleibender Friede sei aber für Europa eine Möglichkeit, solange nicht jedes den Frieden bedrohende Unrecht in objektiver und rechtlicher Untersuchung von einem die Weltachtung gewisenden Tribunal geprüft werde. Die Hauptschwierigkeit liegt aber nicht darin, daß die Friedensverträge eine schroffe Auslegung erfahren,

die größte Gefahr liegt in der Minderheitenbehandlung in den annexierten Gebieten

und in der noch andauernden Besetzung des Rheinlandes. Deutschland habe den ernsthaften und erfolgreichen Versuch gemacht, die ihm auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Lloyd George gab seiner großen Sorge Ausdruck darüber, daß die Besetzungfrage in den nächsten Jahren für den europäischen Frieden keine angenehmen Wirkungen haben werde. Am schlimmsten aber sei die flagrante Nichtbeachtung der Verträge im Hinblick auf die allgemeine Abrüstung. Verstärkte Rüstungen der verschiedenen Staaten stelle eine schwere Schwäche des Bölkerverbundes dar. Der gegenwärtige Umfang der Rüstungen in Europa sei ein glatter Vertrauensbruch seitens der Nationen, die nach dem Kriege in den Bölkerverbund eingetreten seien,

um in erster Linie die Unverletzlichkeit der Verträge zu sichern. So lange es große Rüstungen gebe, werde es auch große Kriege geben.

Die Siegerstaaten hätten insgesamt zehn Millionen Soldaten, die besiegt Nationen dagegen nur 250 000, und das werde Sicherheit genannt. Europa könne keinen Frieden haben, solange die Abrüstung nicht überall durchgeführt sei. Zum Schluß erklärte Lloyd George, er lege großen Wert auf die Rückkehr Russlands in die brüderliche Gemeinschaft der Nationen. Über den Misserfolg der Genfer Marinekonferenz sprach Lloyd George sein Bedauern aus.

Lord Rothermere und Lloyd George.

Der Zeitungsmagnat Lord Rothermere eröffnet nun mehr in aller Form seinen journalistischen Feldzug zur Förderung der politischen Pläne Lloyd Georges. Seine Sonntagszeitung „Weekly Dispatch“ bringt in großer Ausmachung einen Artikel, der Lloyd George als die bedeutendste Personlichkeit unter allen britischen Staatsmännern der Gegenwart feiert und versichert, daß er in den beiden nächsten Jahren an der Spitze der Liberalen Partei wieder zur Macht gelangen werde. Seine Volksstimme ist überall heute schon die seiner Gegner, und wenn die Nation eines Tages sich nach einem Manne umsehe, der sie aus wirtschaftlichen Nöten befreien könne, so werde ihre Wahl auf keinen andern als auf Lloyd George fallen, der sie ja schon einmal, nämlich im Kriege, vor dem Verderben gerettet habe. In politischen Kreisen beginnt man sich zu fragen, ob Lloyd George erwarte, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in England einer Katastrophe unterliegen, in welcher er eine Rolle spielen könnte, die der eines Diktators nicht unähnlich sei. Die Blätter Lord Rothermeres haben schon immer dem englischen Volk klarzumachen versucht, daß es einen Mussolini recht gut gebrauchen könne.

Phantastische Pläne der Sowjet-Regierung

oder:

Phantastische Übertreibungen der englischen Propaganda.

London, 25. Oktober. „Sunday Chronicle“ veröffentlicht eine Meldung aus Konstantinopel, nach welcher in den Verhältnissen zwischen England und Russland wahrscheinlich schon im Frühjahr eine Wendung von weittragender Bedeutung eintreten soll. Der Korrespondent will aus glaubwürdiger Quelle Informationen über russische Pläne erhalten haben, die darauf abzielen, in den englischen Kolonien eine Revolution hervorzurufen und England in einen Krieg mit Asien zu verwickeln.

Bereits ausgearbeitet sei der Plan eines Angriffs der Türkei im Irak und gleichzeitig eines russisch-persischen Krieges. Als Ursache für den Angriff auf Persien wird Russland die Ablehnung des russisch-persischen Traktats durch das persische Parlament ansehen. Im Irak träumen die Nationalisten von einer vollständigen Unabhängigkeit des Staates, und da England durch eine Reihe von Abkommen mit dem Irak verpflichtet ist, den Königs Faisad und sein Regime zu unterstützen, so werden sich die Nationalisten mit Hilfe türkischer Truppen gegen England wenden.

Das englische Blatt fügt von sich heraus hinzu, daß die Reorganisation der englischen Armee und ihr Ausbau in China, der Verzicht des englischen Kriegsministers auf die Reise nach Indien, die Hilfe bei der Beendigung des Baues der Kriegsflotte, die Befreiung bei der Rekrutierung neuer Soldaten für die englische Territorial-Armee tatsächliche Beweise dafür wären, daß der Konstantinopeler Korrespondent nicht übertreibt.

*
Nene Todesurteile in Russland.

Moskau, 25. Oktober. In dem Prozeß gegen die angeblichen englischen Spione fällte gestern das Oberste Kriegsgericht das Urteil, durch das die Brüder der Provinz, beide Millionäre, sowie das Mitglied des Kriegsrats Koropokow zum Tode verurteilt wurden. Das Urteil wurde bereits vollstreckt.

Zusammentritt des Reichskabinetts — am Donnerstag.

Berlin, 26. Oktober. (PAT) Aus parlamentarischen Kreisen meldet das Wolff-Bureau, daß sich das Reichskabinett am Donnerstag über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen schlüssig werden wird. In dieser Sitzung wird auch über die Belebung des deutschen Botschafterpostens in Amerika beraten werden.

*

Stephias auf deutscher Seite.

Berlin, 25. Oktober. (Kuri. Pozn.) Das „Berliner Tageblatt“ tritt mit der Behauptung hervor, daß der Umstand, daß man in Sachen der Niederlassung zu einer Verständigung gelangt ist, nicht die Grundlage bilden kann für deutliche Kompensationen auf sozialfascistischem Gebiet. Die deutschnationale „Nachtausgabe“ meint, daß die Maximalzölle, die im Dezember in Kraft treten sollen, den Abschluß des deutsch-polnischen Vertrages unmöglich machen. Das Organ Westarpas, die „Kreuzzeitung“, hält die Fortführung der Verhandlungen für zwecklos.

*

Malzans Nachfolge.

Berlin, 26. Oktober. (Bors. Bltg.) Eine Entscheidung über die Neubesetzung der deutschen Botschaft in Washington ist noch immer nicht getroffen. Die Verhandlungen mit dem früheren Finanzminister Dr. Reinhold haben zu keinem Ergebnis geführt. Staatssekretär v. Schubert, dem der Botschafterposten angeboten wurde — für den Fall der Annahme war Ministerialdirektor Dr. Gauß als künftiger Staatssekretär in Aussicht genommen — hat abgelehnt und ist wieder auf Urlaub gegangen. Im Vordergrund steht jetzt wieder die Kandidatur des Botschafters Dr. v. Neurath, der seit mehreren Jahren den römischen Posten innehat.



davongekommenen Motorwagens, der unbedingt sehen müssen, daß hier eine glatte Vorbeifahrt ausgeschlossen war.

* * * Ohnmächtig zusammengebrochen ist beim Abholen der Medizin aus der Ratsapotheke die Französische Baranoff. Durch die Rettungswache wurde sie ins städtische Krankenhaus gebracht.

— dt. Eine gefährliche Spur von Straßenlungenern macht sich einen Spaß damit, indem sie auf den Kreischausse die Chausseesteine mitten auf den Fahrweg werfen (Leiblischer Chaussee), so daß leicht Autounfälle geschehen können. Manche der angerollten Steine wiegen bis zu einem Zentner, so daß nicht Kinder, sondern Erwachsene die Übeltäter sein müssen.

t. Ein Schaukastendiebstahl wurde in der Nacht zum Dienstag im Geschäft des Uhrmachermeisters und Juweliers Starzinski in der Culmerstraße Nr. 1 verübt. Der oder die Täter sind leider unerkannt entkommen.

Vereine, Veranstaltungen &c.

Heute, Mittwoch, 8 Uhr, im Deutschen Heim: Eröffnung der 6. Spielzeit der Deutschen Bühne: "Johannfeuer", Schauspiel von Sudermann. — Abendkasse ab 7 Uhr. (13365 *).

Neuenburg (Nove), 25. Oktober. Der letzte Wochenmarkt in Neuenburg hatte bei schönem Wetter viel Verkehr. Reichlich vorhandene Butter kostete 2,20—2,60 je Pfund, Eier, noch teurer wie letzthin, 3,50—4,00 die Mandel. Bei aromatischem Angebot in Kartoffeln wurden dafür 4,50—5,00 der Bentner verlangt. Von Geflügel wurden junge Hühner mit 1,50—2,50, alte mit 3,00—4,00 das Stück, geschlachtete Enten mit 1,30—1,70, Gänse mit 0,80—0,90 je Pfund abgegeben. Gemüse, Früchte und Obst hatten nachstehende Preise: Mohrrüben ein Pfund 0,15, zwei 0,25, Blumenkohl Kopf 0,50—1,00, Weißkohl ein Pfund 0,10, drei 0,25, bei Großabnahme 3,50—4,00, Brüken im großen Quantum 2,00 bis 2,50 der Bentner, Zwiebeln 0,15—0,20, Rübsohl 0,15, Tomaten 0,40—0,50, weiße Bohnen 0,15—0,20, Birnen 0,60—0,70, Apfel 0,20—0,30 je Pfund, Steinpilze, Grünkraut und Kehlkraut 0,30—0,50 je Liter. Am Fischmarkt kosteten Aale 1,50—2,00, Sechtes 1,50, Barsche 1,50—1,70, Weißfische 0,30—0,50 das Pfund.

d. Schonek (Skarżysko), 25. Oktober. Tragischer Tod. Zu dem letzten Jahrmarkt kam die Witwe Auguste Arendt aus Kamienowo hierher, um Einkäufe zu machen. Als sie sich auf dem Marktplatz befand, brach sie plötzlich ohnmächtig zusammen. Man brachte sie ins städtische Krankenhaus, wo sie, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, in kurzer Zeit verschied.

wf. Goldau (Działdowo), 23. Oktober. Der letzte in diesem Jahre am 19. d. M. in Heinrichsdorf (Płosznicza) biegsigen Kreises stattgefundenen Vieh-, Pferde- und Krammarkt hat folgendes Ergebnis gehabt: Der Auftrieb von Rindvieh war schwach, in doch auch kein großer Umsatz zu erwarten war, weil auch auswärtige Händler fehlten. Die Preise waren folgende: Kettvieh und Bullen brachten 45—55 der Bentner Lebendgewicht. Milchkuhe von 340—500, alte Kühe mit Milch 280—330. Der Pferdemarkt war von keiner Bedeutung, da nur einige Tauschgeschäfte und Füllerverkäufe stattgefunden haben. Händler haben auch die Taschendiebe nicht gefehlt. Dem Nachmärtler Simianik aus Klein Lenzk (Mały Leżek) biegsigen Kreises wurden aus der Tasche 20 zł gestohlen. — Die Justmannsfrau Szczepanska aus Klein Tauersee (Mały Turzal) wurde beim Diebstahl von Strümpfen ergrapt und von der Staatspolizei notiert.

d. Stargard (Starogard), 25. Oktober. Fingierter Diebstahl. Ein Reisender aus Lódz hatte seinerzeit bei der Polizei Anzeige erstattet, daß er in einem biegsigen Lokale von einer Cabaretikünstlerin um 70 zł bestohlen worden sei. Die eingeleitete Revision und Haftsuchung blieben erfolglos. Jetzt stellte sich heraus, daß der Diebstahl fingiert war, um Bechpellerei zu umgehen. Er hatte kein Geld und konnte so seine Reise nicht bezahlen.

u. Strasburg (Brudnica), 25. Oktober. Der Montag-Wochenmarkt war trotz des trüben Wetters reich besucht und recht lebhaft. Butter kostete 2,40—2,70, Eier 3,10 bis 3,30, Weißkäse 0,50—0,60 pro Pfund, alte Hühner 5,00 bis 5,50, junge 4,50—6,00 das Paar, Tauben 1,50—1,75 das Paar, Enten 4,00—5,50, Gänse 10,00—15,00, geschlachtete Enten das Pfund 1,30, geschlachtete Gänse das Pfund 1,00, fette 1,20. Weißkohl kostete pro Kopf 0,20—0,30, der Bentner 5,00, Mohrrüben pro Pfund 0,10, Zwiebeln 0,25—0,30, Tomaten 0,50, Blumenkohl pro Kopf 0,30—0,60, weiße Bohnen 0,25 das Pfund; Fassäpfel kosteten 0,10—0,15, Birnen 0,30 bis 0,50. — Auf dem Markt in einem Markt brachten 8—10 Wochen alte Ferkel 80,00, 5—6 Wochen alte 50,00—55,00 das Paar, Schweine bis 1½ Bentner 90,00—100,00, Mastschweine 120,00 bis 130,00 pro Bentner.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* Mohrungen, 25. Oktober. Acht Gehöfte niedergebrannt. Auf bisher unaufgeklärte Weise entstand am Sonnabend gegen Mittag in Eckendorf (Kreis Mohrungen) in der Scheune des Kätners Huwald Feuer, durch das die Nachbarschaft und das ganze Dorf in Mitleidenschaft gezogen wurde. Infolge des herrschenden Windes wurden die Nachbargehöfte ebenfalls von den Flammen ergreift und durch Flugfeuer entzündet, standen in Kürze auf der anderen Seite der Dorfstraße ebenfalls einige Gehöfte in Brand, so daß der Teil des Dorfes ein Flammenmeer bildete. An die Feuerwehren der Umgegend erging daher durch Fernsprecher die Meldung "Großfeuer". Es gelang jedoch trotz tatkräftiger Bemühungen der restlos erschienenen Wehren, einschließlich der Motorwärter aus Mohrungen, nur die weitere Verbreitung des wütenden Elementes zu verhindern. Acht Gehöfte sind ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden an Inventar ist noch unübersehbar.

In Marokko verschleppt.

Aus Casablanca wird eine an Karl May erinnernde, vermutlich aber in ihren Folgen sehr ernsthafte Meldung gegeben. Dort ist die Ermordung der Familie Arnau in frischer Erinnerung, und jetzt erfährt man, daß in der Gegend von Tadla vier Mitglieder der Familie des französischen Generalresidenten Steeg durch Angehörige nicht unterworfenen Stämme entführt wurden, die Neffen des Generalresidenten und Sohn des ehemaligen Direktors der Banque Ottomane, Yves Steeg, mit seiner Frau, sowie dessen Stiefbruder und Frau. Das Drama spielte sich zwischen Beni Mellal und Ussidon im Walde von Duara ab (200 Kilometer südöstlich von Casablanca, am Fuße des Mittleren Atlas). Man fand dort einen verlassenen Kraftrum, in dem zwei niedergestochene Hunde lagen. Ringsum konnte man

Spuren eines heftigen Kampfes

feststellen. Die Entführten befanden sich auf der Jagd. Man hofft, daß sie noch am Leben sind und meint, daß die Täter ein großes Lösegeld erpressen wollen. Die Spuren konnten bis zu der Grenze der nichtunterworfenen Stämme verfolgt werden. Die Vertreter der Polizeibehörden haben sich noch in der vergangenen Nacht an Ort und

Stelle begeben. Die Truppen sind alarmiert. Ganz Marokko befindet sich, wie der Berichterstatter des "Temps" meldet, in höchster Erregung. Inzwischen hat der Duc d'Orsay diese Nachricht amtlich bestätigt, nachdem man sie mit Rückicht auf die Familienangehörigen der Entführten eine Zeitlang zurückgehalten hatte. Man glaubt zu wissen, daß die beiden entführten Männer in einem Dorf des nicht unterworfenen Gebiets gefangen worden seien. Von den Frauen allerdings fehle jede Spur.

Die Entführung der beiden Neffen des französischen Generalresidenten von Marokko, Steeg, und der sie begleitenden Damen, die übrigens entgegen den auerst nach Frankreich gelangten Nachrichten nicht deren Frauen waren (die eine ist russischer, die andere englischer Herkunft), hat — wie der Pariser Korrespondent der "L'Éclat, Ita." seinem Blatte mitteilt — in der dortigen Presse eine begreifliche Erregung verursacht, zumal da erst vor ein paar Wochen eingeborenen einen französischen Beamten mit Namen Arnau, seine Frau und deren Freundin ermordet und

die beiden Kinder des Chepaars verschleppt

haben. Die Räuber fordern für die Auslieferung der beiden kleinen Mädchen ein Lösegeld. Die Verhandlungen, die über die Summe eingeleitet wurden, haben zu keinem Ergebnis geführt. Die verschiedenen Blätter nehmen zu dem neuen Zwischenfall in verschiedener Weise Stellung. Die militärische Presse wirft der Regierung vor, in der letzten Zeit den Eingeborenen gegenüber eine Politik der Schwäche geübt zu haben. Anstatt sich auf Verhandlungen wegen des Lösegeldes einzulassen, müsse man tatkräftig und rücksichtslos durchgreifen, um nicht den Rädelsführern derartiger Schandtaten ein Ausehen zu verschaffen, als ob sie Führerpersönlichkeiten im Kampf gegen die Europäer seien.

Andere Blätter waren davor, dem Vorfall eine allgemeine Bedeutung zu geben, gleich als ob das Kolonialproblem Frankreichs einen Rückenschritt von zwanzig Jahren gemacht habe. Marokko sei nun einmal nicht mit den Verhältnissen der französischen Provinz zu vergleichen. Mit dem Fortschreiten der Besiedlung Marokkos seien auch die Europäer zuweilen etwas waghalsig geworden. Es könne nicht verhindert werden, daß von Zeit zu Zeit Räuber, begünstigt durch das Gelände, ähnliche Streiche ausführen. Die Neffen des Generalresidenten hätten sich zumindest einer Unvorsichtigkeit schuldig gemacht. Die Gegend von Tadla sei zurzeit noch nicht befriedet. Man könne auch vorläufig nicht daran denken, militärische Operationen großen Stils zu unternehmen, um das Atlasgebirge vollständig unter die Herrschaft Frankreichs zu bringen. Dieses Hochgebirge sei schwer zugänglich, und seine topographische Erforschung mit Hilfe von Fliegeraufnahmen habe erst begonnen.

Die Vorfälle in Marokko haben vermutlich für Frankreich auch eine gewisse innerpolitische Bedeutung. Besonders die Kommunisten werden zweifellos versuchen, die Abneigung der französischen Bevölkerung gegen neue Geld- und Blutopfer in Marokko für den Wahlkampf auszunutzen und die gesamte Kolonialpolitik Frankreichs anzugreifen.

Die Vorfälle in Marokko haben vermutlich für Frankreich auch eine gewisse innerpolitische Bedeutung. Besonders die Kommunisten werden zweifellos versuchen, die Abneigung der französischen Bevölkerung gegen neue Geld- und Blutopfer in Marokko für den Wahlkampf auszunutzen und die gesamte Kolonialpolitik Frankreichs anzugreifen.

All Postanstalten
im Gebiet der Republik Polen
nehmen noch Bestellungen auf die
„Deutsche Rundschau“

an. Wir bitten unsere Leser,
das Blatt sofort zu bestellen.
Abonnementspreis
für November-Dezember 10,72 zł
für den Monat November 5,36 „
einschließlich Postgebühr.

C. H. C. oder C. D. C.?

(Von unserem italienischen Korrespondenten.)

R. D. Rom, im Oktober.

Noch haben die Kanonen nicht gesprochen, noch scheint ein Krieg zwischen Jugoslawien und Bulgarien unvermeidlicher als ein japanisches Ultimatum an Amerika, und schon zeichnen sich Sympathien und Antipathien, wie sie im Weltkrieg eine so große Rolle gespielt haben, deutlich ab. Die entscheidende Partei der Unbefriedigten ergreift Partei. Frankreich selbstverständlich für Belgrad, Italien ebenso selbstverständlich für Sofia. Eine Beteiligung, die nicht nur den Bruch in der alten Entente, sondern auch verrät, wie man "Sympathie" übersetzen kann mit französischen, italienischen, englischen Worten. Mit Verträgen, Naturnotwendigkeiten, heiligen Grenzen und so weiter. Wenn dann der große Augenblick kommt, werden sicherlich auch die edlen Menschenfreunde sich einstellen "zum Schutz der kleinen Nationen".

Ein Blick auf das Schachbrett, und man erkennt sie alle wieder, die lieben alten Figuren, mögen sie augenblicklich auch etwas anders stehen. Da ist zunächst der Mord, der die Regel ins Rollen zu bringen hat. Da Serbien bekanntlich niemals zu einem derart verwerflichen Mittel gekriegt hat, ist seine Empörung über die mazedonischen Revolte nicht mehr wie billig. Die Mazedonier haben ihrerseits die Fahne des Selbstbestimmungsrechts entrollt. Frankreich wird tun, was ihm seine Interessen gebieten und England operiert sofort mit der Königin, dem berühmten Gleichgewicht. Die Bayern im groß gewordenen Balkan brennen darauf, geschoben zu werden. Der mazedonischen Fahne sind in Italien Anhänger erstanden, die sich mit Feuerreiter für sie einsetzen, als ob es im alten Europa nicht Völker genug gebe, Millionenstämme, die unter fremder Herrschaft leben. Den mazedonischen Freiheitsgeist begreift man, den deutschen nicht.

Aber Italien müßte nicht faschistisch sein, wenn es keine Männer mehr hätte, die solchen Kulissen der alten Diplomatie das offene Wort vorziehen, wie es dem sacro egoismo ansteht. Es liegt auf der Hand, daß Italien unmöglich auf der Seite seines Erbfeindes sein kann, der immer der jeweilige Adriapakt, den Freundschaftsvertrag Italiens mit Jugoslawien, als unnatürlich und daher brüchig von Geburt an bezeichnete, wurde ich hörs angefahren, besonders von "Pazifisten", die es besser wissen müssen, weil sie, wie immer, weit vom Schuß saßen. Heute macht kein Mensch mehr ein Hehl daraus, daß die Rettungsverträge längst durch die Zeit ausgeschöpft und durch das Abkommen Frankreichs mit Serbien vollends untauglich gemacht wurden, so daß sich ihre Ratifizierung wirklich erübrigte. Jugoslawien, so sieht man heute in der faschistischen Presse der Hauptstadt,

ist nicht nur das ständige Zentrum der Balkanschlüttungen, ein Staat, der zu häufig von sich reden macht, es ist auch der direktste Feind Italiens. Geboren aus der starrköpfigen Dummheit eines Wilson — so steht das wörtlich da — ist er in der Hauptstadt aus Kroaten und Slowenen zusammengezogen, die das zertrümmerte Habsburgerreich zu wildem Hass gegen Italien erzogen. Er hat von Österreich-Ungarn die unerträgliche Lage auf unserem anderen Adriauf und mancherlei ungerechtfertigte Dinge geerbt, er ist die künftige Schöpfung eines in allen europäischen Fragen stockunwissenden Pedanten, den Europa leider zu seinem Schulmeister sich ausspielen ließ.

Dann wird abgeurteilt, Jugoslawien als alleinhuldig befunden und die Pflicht der europäischen Großmächte formuliert: klar und entschieden ist Belgrad begreiflich zu machen, daß es nicht genügt, ein kleines Volk zu sein, um das Recht auf Annahme und Friedensförderung zu haben; anderfalls könnte sich das S. O. S. in das Zeichen S. O. S. verwandeln!

Das ist, sollte mein meinen, unmöglich verständlich. Es fragt sich nur, ob Serbiens Männer eine solche Sprache nicht eher in Sofia für angebracht halten werden. Rom und Paris werden sich jedenfalls schwerlich über die Adresse einigen und die Optimisten, die da glauben, Italien gebe sich gegenwärtig nur so bulgarophil, weil König Boris gerade in Rom sei und man von einer Verlobung mit der zweitjüngsten Tochter Viktor Emanuel's munkle, sind schlecht informiert. Italiens Blick wird nie mehr vom anderen Adriaufer wegsehen können; er geht sogar darüber hinaus aufs Schwarze Meer. Und Bulgarien kann ein Stützpfeiler für diese Brücke sein.

Konferenz zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote.

Am Montag, den 17. Oktober, hat in Genf eine diplomatische Konferenz begonnen, der für die Zukunft der internationalen Handelsbeziehungen eine außerordentliche Bedeutung zukommt. Handelt es sich doch darum, ein internationales Abkommen zu treffen, wodurch die Ein- und Ausfuhrbeschränkungen der einzelnen Staaten eins für allemal abgestellt werden sollen. Bereits früher hat der Wirtschaftsausschuß des Weltausschusses sich mit dieser Frage beschäftigt und einen Entwurf eines Abkommens geschaffen, der gegenwärtig zur Basis der Unterhaltungen dient. Aus den 12 Artikeln des Entwurfs veröffentlichten wir im folgenden die wichtigsten Einzelheiten.

Ganz allgemein wird zunächst bestimmt, daß mit Ausnahme der vorgesehenen Einschränkungen jeder der unterzeichneten Staaten innerhalb einer Zeit von sechs Monaten alle Ein- und Ausfuhrverbote und Ein- und Ausfuhrbeschränkungen außer Kraft gesetzt werden sollen. Auch verkleidete Ein- und Ausfuhrverbote und mittelbare Einschränkung nach dieser Richtung durch die Gesetzgebung sind zu verhindern. Gestattet sollen dagegen auch im Sinne von Ein- und Ausfuhrverbote und Beschränkungen sein, die sich auf nationale Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung und öffentliche Gesundheitspflege beziehen; weiterhin Prohibitionen zum Schutz der Pflanzen und Viehzucht gegen Degeneration und Seuchen. Erlaubt sind außerdem Einschränkungen, die aus moralischen Gründen erlassen werden, vorausgesetzt, daß der Handel mit den Gegenständen, auf die sich die Verbote beziehen, auch im Lande selbst verboten ist. Gestattet sind ferner Ausfuhrverbote oder Beschränkungen, um nationale Werte von künstlerischer, historischer oder archäologischer Bedeutung zu erhalten. Verbote der Beschränkungen im Einvernehmen mit der nationalen Gesetzgebung oder internationalem Vereinbarungen, um industrielles, literarisches oder künstlerisches Eigentum zu schützen. Einschränkungen zum Zweck der Kontrolle gewisser Warengattungen, die auch im Inlande gleichen Beschränkungen unterliegen, oder Staatsmonopol sind, Verbote und Beschränkungen, die gewisse Warengattungen auf Grund internationaler Vereinbarungen betreffen, die man durch eine Gefahr für die Öffentlichkeit befürchtet, so z. B. Waffen und Opium, Verbote und Beschränkungen, die Münzen, Gold, Silber, Banknoten oder Wertpapiere betreffen.

Eine außerordentlich einfache und einfache Beschränkung erfährt dann der gesamte Plan zur Befreiung des internationalen Handels von seinen lästigen Besetzen durch Artikel 5 des Entwurfs. Hier wird festgelegt, daß den einzelnen Staaten durchaus das Recht belassen wird, bezüglich der Ein- und Ausfuhr alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, die durch außergewöhnliche Fälle bedingt werden, um die lebenswichtigen Belange der nationalen Wirtschaft und des Finanzwesens zu schützen. Die weiteren Artikel beschränken sich noch mit der Regelung der Streitfälle und den Einzelheiten der Unterzeichnung und Ratifikation des Vertrages.

Die Schwäche des Entwurfs liegt, wie klar ersichtlich ist, in der Fassung des Artikels 5, der schließlich alle zollpolitischen Maßnahmen in das Erwachen der einzelnen Staaten stellt und die Durchführung des Vertrages vom guten Willen der einzelnen Länder abhängig macht. Deshalb haben sich gegen diesen Artikel 5 auch schon Widerstände innerhalb der internationalen Handelskammer erhoben, die fordert, daß der Konvention nur zugestimmt werden soll, wenn jene Einschränkung verschwindet. Auf der Weltwirtschaftskonferenz im Mai 1927 hat man dieser Forderung der internationalen Handelskammer auch bereits zugestimmt und eine schärfere Formulierung der Postulata für den Vertrag erarbeitet.

Wenn man den gesamten Verhandlungen auch keine übertriebenen Hoffnungen entgegenbringen braucht, darf man daher doch wohl annehmen, daß zumindest ein neuer bedeutsamer Schritt in der Richtung der Wiederherstellung der vollen Handelsfreiheit getan wird.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Ansenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beigelegt. Auf dem Kuvert ist der Begriff "Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

R. 3. 99. Die Vorzugsrente beträgt 80 Prozent des Auslösungsrechts. Wenn der Gläubiger auf das Auslösungsrecht verzichtet, erhält sie die Rente um 25 Prozent ihres Normalbetrages, und wenn der Gläubiger das 50. Lebensjahr vollendet hat, um 50 Prozent. Nach amtlicher Ausslegung sind in den 50 Prozent schon die vorermittelten 25 Prozent enthalten. Danach berichten sich die Zahlungen in der Nr. 225 der "Deutschen Rundschau" vom 1. Oktober d. J.

R. 3. 52. Da die Nachzahlung für die Zeit vom 1. 1. 27 bis 1. 7. 27 erfolgen soll und Sie zu dieser Zeit zur Zahlung des Wasserzinses nicht mehr verpflichtet waren, da Ihre Miete bereits 75 Prozent der Grundmiete erreicht hatte, können Sie zu der Nachzahlung nicht mehr herangezogen werden.

R. 3. Graudenz. Die Löschungsfähige Quittung müssen Sie geben, und Sie können natürlich nach Erteilung dieser Quittung die Löschung nicht verhindern, die Sie ja in der Quittung selbst beantragen. Nach der Löschung verschwindet die hypothekarische Sicherheit, aber wenn Sie in anderer Form, etwa durch eine vor Zeugen abgegebene mündliche Erklärung an den Schuldner oder durch ein Schreiben an diesen einen Vorbehalt machen, dann währen Sie Ihre Rechte dem Schuldner gegenüber, wobei allerdings diese Rechte nicht mehr durch die Hypothek geschützt sind. Dieser Vorbehalt behält selbstverständlich über den Löschungsstermin hinaus Gültigkeit, sonst wäre er ja, wie Sie selbst sehr richtig sagen, unnötig.

F. Nr. 64. Es handelt sich um Restauszahlung. Sie sagen ja in Ihrer Anfrage selbst: "Bon dieser Kaufsumme ließ der Verkäufer nix". Sie werden etwa 60 Prozent = 1037 zł zu zahlen haben.

Am Sonntag, den 23. Oktober verschied unser langjähriges

Aussichtsratsmitglied

Besitzer Herr

Ferdinand Hinz

Lasin.

Wir werden dem Verstorbenen, der als treues Mitglied an der Entwicklung unseres Vereins mitgearbeitet hat, ein ehrendes Andenken bewahren.

Lessener Spar- und Darlehnklassenverein

Spółdzielnia z ograniczoną

odpowiedzialnością Łasin.

Der Vorstand.

Paul.

Blume.

a) an Werktagen von 8-18 Uhr ohne Unterbrechung
b) an Sonn- u. Feiertagen von 8-10 Uhr geöffnet sein.

Bekanntmachung.

Ab 1. November d. Js. werden die Schalter im Postamt 1 Bydgoszcz in allen Annahme- und Absatzabteilungen

- a) an Werktagen von 8-18 Uhr ohne Unterbrechung
- b) an Sonn- u. Feiertagen von 8-10 Uhr geöffnet sein.

An hohen Feiertagen werden die Schalter wie bisher geschlossen sein.

Bydgoszcz, den 25. Oktober 1927.

Urzad Pocztowy 1

Rózdzynski, Direktor.

Versteigerung!

1 Personen-Auto

6/25, 4-5 sitzig, fast neu, (7000 km Fahrt) wird meistbietend am 29. Oktober 1927, um 1 Uhr vormitt., bei der Firma C. Hartwig,

Bydgoszcz, ulica Dworcowa, verlaufen.

Besichtigung eine Stunde vorher.

7061

Piechowiat, Bereidiger
Auktionator,
Bydgoszcz, ulica Długa Nr. 8.

Telefon Nr. 1651.

Telefon Nr. 1651.

zu staunend billigen Preisen

Passbilder sofort mit zunehmen

nur Gdańsk 19.

Inh. A. Rüdiger.

12200

EINE FRAGE!

12422

Haben Sie Interesse für Schreibmaschinen, Büromöbel od. sonstige Büroartikel?

Sie kaufen diese am vorteilhaftesten im Spezialhaus für moderne Büroeinrichtungen ST. SKORA I SKA, Bydgoszcz, Adler-Hotel, Telefon 1175.

Von 9-2 Dworcowa 56

Als Blätterin außer dem Hause empfiehlt sich 7010 Fr. Kröll, Chełmińska 23

Rechts-Beistand Dr. v. Behrens
Paß-Hypotheken-, Steuer- und Gerichts-Schwierigkeiten. 12355

Von 4-8 Promenada 3 Wer erteilt polnischen Unterricht in d. Abendstunden? Off. u. P. 6979 a. d. Geschäftst. d. Zeitg.

Hypotheken reguliert mit gutem Erfolg im In- und Auslande

St. Banaszak, Rechtsbeistand Bydgoszcz, 12352 ulica Cieszkowskiego (Moltkestr.) 2. Telefon 1304. Langjährige Praxis.

Kleider und Kinder-garderobe arbeitet zu sehr billigen Preisen Flinger, Jackowskiego 2, III. r.

Geschw. Brähmer Bydgoszcz, 12352 ulica Śniadeckich 49 Atelier f. Damenpus und Garderobe Spezialität: Neu- und Aufarbeitung von 13486

Belzmücken i. Damen u. Herrn Empfehlung zur Ausführ. von Schirmreparaturen auch kaufen nicht reparaturfähige Schirme (Söde).

J. Haagen, Schirmmach., Śniadeckich 47, 2 Tr. l.

Heirat

Evangel. strebsamen

Raufmann

bietet sich bald. Einheit, in grös. Geschäft nebst Geschäftsgrundst. (beid. Schulbüro) in großem Dorf. Herzen bis 35 J. wollen nur ernstg. Offert. mit genauer Angabe der Verhältnisse und. 7080 an die Geschäftst. d. Zeitg.

Hypotheken reguliert mit gutem Erfolg im In- und Auslande

St. Banaszak, Rechtsbeistand

Bydgoszcz, 12352 ulica Cieszkowskiego (Moltkestr.) 2. Telefon 1304. Langjährige Praxis.

Kleider und Kinder-garderobe arbeitet zu sehr billigen Preisen Flinger, Jackowskiego 2, III. r.

Geschw. Brähmer Bydgoszcz, 12352 ulica Śniadeckich 49 Atelier f. Damenpus und Garderobe Spezialität: Neu- und Aufarbeitung von 13486

Belzmücken i. Damen u. Herrn Empfehlung zur Ausführ. von Schirmreparaturen auch kaufen nicht reparaturfähige Schirme (Söde).

J. Haagen, Schirmmach., Śniadeckich 47, 2 Tr. l.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

23 Jahre alt, 1,80 m groß, 6 Jahre Praxis, mit allen ins Fach schlagenden Arbeiten aufgeklärt vertraut, waidgerecht. Heger u. Jäger, Hundedreher, bis jetzt 4 Jahre in ungebundener Stell. sucht Stellung

z. 1. 28 evtl. später, wo möglich Verheiratung gestattet, am liebsten bei d. Herrschaft. Gesell. An-

gebote unter B. 13475 an die Geschäftst. d. 3.

Empfehlung zur Ausführ. von Schirmreparaturen auch kaufen nicht reparaturfähige Schirme (Söde).

J. Haagen, Schirmmach., Śniadeckich 47, 2 Tr. l.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

23 Jahre alt, 1,80 m groß, 6 Jahre Praxis, mit allen ins Fach schlagenden Arbeiten aufgeklärt vertraut, waidgerecht. Heger u. Jäger, Hundedreher, bis jetzt 4 Jahre in ungebundener Stell. sucht Stellung

z. 1. 28 evtl. später, wo möglich Verheiratung gestattet, am liebsten bei d. Herrschaft. Gesell. An-

gebote unter B. 13475 an die Geschäftst. d. 3.

Empfehlung zur Ausführ. von Schirmreparaturen auch kaufen nicht reparaturfähige Schirme (Söde).

J. Haagen, Schirmmach., Śniadeckich 47, 2 Tr. l.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Geschw. Brähmer, 13437 Poznań, ul. Nadbrzeżna 11.

Förster

Förstschüler, aus fröh.

deutsch. Staatsrechts, berufstücht., zuverlässl. der polnischen Sprache mächtig, sucht Dauerstellung bei bescheid. Unprägn. Gesell. Ang. erb.

Gilberts Deutschrifft.

WB. meldet am 25. Oktober amtlich aus Berlin:

Wie wir von unterrichteter parlamentarischer Seite erfahren, steht sowohl der Reparationsagent als auch die Reichsregierung den Indiscretionsen, durch die das Memorandum des Reparationsagenten bekannt wurde, vollkommen fern. Das Memorandum ist keine isolierte Aktion gewesen, dem Reichsfinanzminister vielmehr, wie es auch in dem Begleitbrief Parker Gilbersts zum Ausdruck kommt, auf Grund gegenseitiger Vereinbarung übermittelt worden. Es geht zurück auf den Zwischenbericht des Reparationsagenten vom 10. Juni d. J., der sich sehr eingehend mit dem öffentlichen Finanzwesen des Reiches, der Länder und der Gemeinden und mit der Währungs- und Kreditpolitik beschäftigte. Dieser Zwischenbericht ist Gegenstand zahlreicher Aussprachen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reparationsagenten gewesen. Sie wurden während der Ferienzeit unterbrochen, aber gleich nach der Rückkehr Parker Gilbersts von seiner Amerikareise wieder aufgenommen. Es ist anzunehmen, daß sich diese Unterhaltungen auch im Reichstag für 1928 auswirken werden, der in den nächsten Wochen dem Reichsrat zugeht.

Bei all diesen Besprechungen wurden natürlich auch die schwedenden Gesetze in Frage behandelt. Dabei wurde auf Wunsch des Reichsfinanzministers vereinbart, daß der Reparationsagent seine Ausschüsse einmal schriftlich zusammenstellen sollte, und daß diese Ausschüsse dann als Unterlage für die weiteren Besprechungen und Maßnahmen dienen sollten.

Schon aus diesen Zusammenhängen ergibt sich, daß die Angriffe, die in der Presse gegen den Reparationsagenten laut wurden, nicht am Platze sind, Reichsregierung und Reparationsagent bedauern die Indiscretionsen gleichermaßen, um so mehr, als die Vorgeschichte der Deutschrifft ja ein Beweis für das sachliche Zusammenarbeiten des Reparationsagenten mit dem Reichsfinanzministerium ist.

Bedenken gegen eine Politik steigender Ausgaben hat der Reparationsagent befannlich schon in seinem Zwischenbericht zum Ausdruck gebracht. Sie setzte in dem Augenblick ein, als der Nachtragsetat für 1926 eingebrochen wurde, und wurden dann verstärkt durch die Regelung des Finanzausgleiches.

In parlamentarischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre tatsächlich mehr Gesetzesvorlagen zu verzeichnen sind als im Vorjahr, und daß diese Entwürfe naturgemäß eine Auswirkung auf die Finanzabstimmung haben. Diese Vermehrung der Vorlagen hat ihren Grund darin, daß die Notwendigkeit für sie mit der Zeit immer dringlicher wurde und daß man in Kreisen der Reichsregierung ihre Erledigung für wünschenswert hielt, bevor der Reparationsplan beim Eintritt seiner stärkeren Auswirkung alle Kräfte in Anspruch nahm.

Die Besprechungen, die der Reichsfinanzminister mit dem Reparationsagenten hatte, dürften all diese Fragen mitbehandelt haben. Die letzte Besprechung fand am gestrigen Dienstag statt. Es ist anzunehmen, daß die nächste Unterhaltung noch im Laufe dieser Woche stattfinden wird und daß namentlich bis zur Fertigstellung des Jahresberichts des Reparationsagenten, der im November erwartet, eine Anzahl weiterer folgen wird.

Bestellte Arbeit?

Berlin, 26. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Ansicht des Berliner Berichterstatters des "Echo de Paris" wird erklärt, daß der Brief des Reparationsagenten Parker Gilbert nur zur Unterstützung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht geschrieben wurde. Der Außenpolitischer des gleichen Blattes Pertinax droht, daß bei einer Gefährdung des Dawesplans die Alliierten noch lange Jahre am Rhein bleiben würden.

Die englische Presse beschäftigt sich ausführlich mit dem Memorandum Parker Gilbersts, das in Finanzkreisen ruhig aufgenommen wurde. Die "Times" gibt eine Zusammenfassung von Ereignissen, die zu der Kontroverse geführt haben und behauptet, daß der deutsche Finanzminister das Memorandum selbst angefordert hätte. Im Gegensatz zu den englischen Finanzkreisen verdächtigen die politischen Kreise Deutschland, daß dieses sich seinen Verpflichtungen entziehen wolle.

Die Innenanleihe zu Bauzwecken.

Barishau, 26. Oktober. Vor kurzem ging durch die Presse die Nachricht, daß sich die Regierung mit der Absicht trage, eine Innenanleihe zur Beliebung der Bauaktivität im Lande aufzunehmen. Wie Barishauer Blätter melden, hat das Finanzministerium den Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Anleihe bereits dem Ministerrat zur Bestätigung überstellt. Die Anleihe soll in vier Serien zu je 25 Millionen Zloty zur Ausgabe gelangen, somit insgesamt 100 Millionen Zloty befragen. Sie soll mit 7 Prozent verzinst werden und in 20 Jahren rückzahlbar sein.

Im Finanzministerium ist man der Ansicht, daß die Anleihe in Polen Erfolg haben und viel zur Hebung der Bauaktivität beitragen wird.

Republik Polen.

Der verschwundene Abgeordnete.

Lemberg, 25. Oktober. Wie "Dilo" meldet, hat vor zwei Tagen das Sekretariat der ukrainischen parlamentarischen Vertretung von dem verschwundenen Abgeordneten Paszczuk ein Schreiben erhalten, in dem er seinen früheren Brief über seinen Übertritt aus dem Kommunistischen Klub zu den Ukrainern widerruft. Im Zusammenhang mit dieser Meldung stellt "Dilo" fest, daß der Brief zweifellos von Paszczuk eigenhändig und lediglich die Adresse von einem anderen geschrieben wurde. Das Blatt nimmt an, daß der Brief von der Kommunistischen Partei abgesandt und daß Paszczuk gezwungen wurde, ihn zu schreiben. Weiter erfährt "Dilo", daß die Sejmkanzlei die Zahlung der Diäten an den Abgeordneten Paszczuk eingestellt habe; dieser habe dagegen ebenfalls auf brieftlichem Wege protestiert, ohne jedoch seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort anzugeben. Zur Empfangnahme der Diäten habe sich der Sekretär des ukrainischen Klubs gemeldet, der angeblich hierzu ernährt wurde. Die Sejmkanzlei soll erklärt haben, daß sie die Diäten lediglich auszahlt werden, sofern ihr eine Ermächtigung mit der notariell beglaubigten Unterschrift des Abg. Paszczuk vorgelegt wird.

Aus anderen Ländern.

Gomez nach Guatemala geflüchtet.

Nach einer in New York eingetroffenen Nachricht aus Guatemala soll General Gomez, der ehemalige Kandidat für die Präsidentschaft in Mexiko und Führer der Revolte gegen die Regierung Cárdenas, die Grenze überschritten und sich auf das Gebiet von Guatemala geflüchtet haben. Gomez wurde von einem Aufgebot von 1000 Soldaten gesucht.

Hochstapelen im Namen des Völkerbundes.

Aus Havanna wird gemeldet, daß die Polizei dort einen italienischen Abenteurer verhaftet hat, der sich als Gesandter des Völkerbundes ausgab. Der Verhaftete hatte sich in verschiedenen südamerikanischen Staaten als Völkerbundgesandter ausgegeben. In Panama verließ er dem Präsidenten der Republik einen Orden des Völkerbundes, der ebenfalls existiert, wie die von ihm vorgeschriebene Stellung. In Peru war er Gegenstand eines feierlichen Empfangs und erhielt von der peruanischen Regierung den peruanischen Verdienstorden.

Sensationelle Verhaftung in Bukarest.

Bukarest, 26. Oktober. (PAT) In der gestrigen Nacht wurde auf der Station Tinsulat der ehemalige Unterstaatssekretär Manolescu im Finanzministerium zur Zeit des Cabinets des Generals Areces verhaftet, der auf der Fahrt aus Paris nach Bukarest bestiegen war. Die Polizei hatte festgestellt, daß er in Paris eine Begegnung mit dem Prinzen Karol gehabt hat. Bei der Durchsuchung des Koffers fand man mehrere an die Brüder des Prinzen Karol und andere kompromittierende Schriftstücke vor.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 26. Oktober.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen finden für Osteuropa weiterhin mildes und trübes Wetter mit einzelnen leichten Regenfällen an.

Großstadt?

Europa ist ersehutes Ziel unserer weiter östlich beheimateten Mitbewohner, womit sie nicht etwa behaupten wollen, daß sie außerhalb Europas wohnen. Wenn sie etwas "europäisch" nennen, dann ist das höchste Anerkennung. Ein europäisches Hotel ist eben ein erstklassiges und wenn man von einer Stadt behauptet, sie sei europäisch, dann will man damit sagen, daß sie eben eine Großstadt sei, gemessen nach westeuropäischen Maßen.

"Bydgoszcz sie europejskie" schrieb kürzlich ein polnisches Blatt, weil wir da so etwas wie eine Lichtreklame bekamen. Diese mag gewiß ein recht lohnendes Unternehmen sein und ist zeitweise nur ein Verkehrshindernis auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig. Vielleicht sieht das polnische Blatt eben dieses Gedränge als typisches Merkmal einer Großstadt an. Aber sonst?

Wir wünschen dringend eine Entwicklung der Stadt in dieser Richtung, müssen aber feststellen, daß der Weg zur Großstadt noch ein weiter ist, den Bromberg wird zurücklegen müssen. Er wird nicht über Liquidationen, nicht über den Boykott der Vertretung der deutschen Bevölkerung im Stadtparlament und Magistrat führen, sondern nur bei Heranziehung aller Bewohner zur Mitarbeit möglich sein. Die Eingemeindung großer Landflächen allein macht's nicht. Wenn Bromberg eine Großstadt werden soll, müssen kleinstädtische Anscheinungen bei Erledigung aller Fragen, seien sie nun politischer, wirtschaftlicher oder kommunaler Natur, aus den Mauern verwiesen werden.

Bromberg eine Großstadt? Bei diesen Straßenbahnen, diesem Verkehr und den dazu gehörigen Schuhleuten und Infektionen, dieser Lichtreklame, diesem Liquidationsgeschrei einer gewissen Presse, diesen unebenen Bürgersteigen mit den Wasserspülungen bei Regentagen darauf? Die Zeit ist noch sehr weit, bis wir uns europäisiert haben.

Der Wasserstand der Weichsel betrug heute bei Brahemünde + 3 Meter, bei Thorn etwa + 0,80 Meter.

Der Volksliederabend. Die Ortsgruppe Bromberg des Verbandes deutscher Katholiken hatte am vergangenen Freitag einen Volksliederabend veranstaltet, der sich eines so zahlreichen Besuches erfreute, daß der große Saal des Zivilkasinos die Erwachsenen kaum fassen konnte. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Studienrat Clemenz begrüßte die Anwesenden, vor allem die geistlichen Herren und hielt darauf einen inhaltsvollen Vortrag über das deutsche Volkslied, den er mit dem Wunscheschloß, daß der Festabend befragt möge, das Interesse für dieses wunderbare Kulturgut des deutschen Volkes zu wecken und zu beleben. Darauf wurde das Gedicht "Morgenlied" (aus "Des Knaben Wunderhorn") vorgetragen. Fräulein Hasse sang das Lied "Sandmännchen", worauf Tanzauflührungen (Volkstänze), die der Jungfrauenverein vorführte, folgten. Die Jugendgruppe sang das fröhliche "Wohlan die Zeit ist kommen" mit Lautenbegleitung, Fräulein Hasse das Lied "Wohin" und der Tänzerverein die Lieder "Hab mein Wage vollgeladen" und "Der weiße Hirsch". Die restlichen Programmpunkte brachten weitere Volkstänze, einige Volkslieder, vorgetragen durch den M. G. B. "Kornblume", Lautenvorträge und Declamationen. Der gemeinsame Gesang des Liedes "Guten Abend, gute Nacht" beendete den genussreichen Abend. — Sämtliche Darbietungen wurden in schlichter Einfachheit gebracht und erfreuten sich reichen Beifalls. Fr. Hesse sang eine Stimme, die in diesen einfachen Volksliedern besonders zur Geltung kam. Der Cäcilienverein sang unter der Leitung seiner tüchtigen und energischen Dirigentin die Lieder in bekannt exakter und stimmentreiner Weise. Der Männergesangverein "Kornblume" (40 Sänger) unter bewährter Leitung seines Dirigenten verfügt über ein gut geschultes Stimmmaterial, brachte die Lieder vorzüglich zu Gehör und erntete stärksten Beifall. Der Vorsitzende dankte in seiner Schlussansprache allen Erwachsenen, vor allen denen, die sich in den Dienst des Abends gestellt hatten und deren Mitwirkung das Gelingen der Veranstaltung zu verdanken sei. — Alles in Allem: Nicht nur ein unterhalternder, sondern auch ein wertvoller Abend, dessen Ziel, das Interesse für das deutsche Volkslied wieder belebt zu haben, vollaus erreicht sein durfte.

Der heutige Wochenmarkt nies ein sehr lebhaftes Bild auf. Angebot und Nachfrage waren recht stark. Der Butterpreis hielt sich zwischen 10 und 11 Uhr auf der alten Höhe von 2,50—2,70. Er kosteten 3,60 die Mandel, Weizkäse 0,40 bis 0,60, Tilsiterkäse 2,00—2,50. Auf dem Obst- und Gemüsemarkt notierte man: Apfel 0,80—0,90, Birnen 0,50 bis 0,80, Mohrrüben 0,10, Blumenkohl 0,50—1,00, Tomaten 0,50, Weizkohl 0,10, Rotkohl 0,15, Wirsingkohl 0,15, Zwiebeln 0,20. Der Geflügelmarkt brachte Gänse zu 9,00—12,00, Enten 5,00 bis 7,00, Hühner 4,00—6,00, Tauben 1,00—1,70. Auf dem Fleischmarkt notierte man Speck 2,00, Schweinesleisch 1,70 bis 1,90, Rindfleisch 1,40—1,70, Kalbfleisch 1,50—1,80, Hammelsleisch 1,00—1,40. Die Fischpreise waren wie folgt:ale 2,00, Hechte 1,50—1,80, Schleie 2,00, Plaue 0,50.

In Wegen veränderlicher Bekleidung durch die Presse wurde der Herausgeber und verantwortliche Redakteur des früher hier erschienenen Blattes "Alarm" (Szabesztürzer), Michael Küller, vom hiesigen Kreisgericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, er legte

gegen das Urteil Berufung ein, so daß sich am gestrigen Dienstag die dritte Strafkammer des Bezirksgerichts mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte. Der Tatbestand ist folgender: Die Kaufleute S. und W. verkaufen ein ihnen gehörendes Hausgrundstück in der Friedrichstraße an einen jüdischen Kaufmann. Dies gab dem Angeklagten Anlaß zu folgenden Aussäßen: "Sie verkaufen das Haus an einen Juden und nicht an einen Pole; der Verkauf eines Hauses an einen Juden ist das größte Verbrechen, ein Nationalverbrechen, schlimmer als Mord! Ein Pole wollte das Haus kaufen, der Jude bot aber etwas mehr und so verkaufen Sie es diesem, um für den Mehrbetrag ihre rückständigen Steuern bezahlen zu können." Gleichzeitig bediente der Angeklagte sich folgender Strafschriften: "Ein unsauberes Geschäft", "Banden" und veröffentlichte eine grobe bildliche Karikatur. Der Angeklagte gab zu, den Artikel verfaßt und veröffentlicht zu haben und will nach den Weisungen des "Rozwoj" gehandelt haben. Der Angeklagte gab noch an, daß auf Grund seines Artikels die Kaufleute S. und W. aus dem Kaufmännischen Verband ausgestoßen wurden, während sie in Wirklichkeit freiwillig aus dem Verband ausschieden. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Die Berufung des Angeklagten wurde verworfen, die Kosten beider Instanzen muß er ebenfalls tragen.

In Unterschlagungen und Diebstähle. Der Tischler Josef Fischer von hier unterschlug zwei Türen und einen Tisch. Die Gegenstände waren ihm von einem Auftraggeber zur Reparatur übergeben worden. Er wird zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt mit bedingter Bewährungsfrist. — Der Arbeiter Franz Jelssi war bei einem Bädermeister in Schlesien als Kutscher beschäftigt. Er hatte bei verschiedenen Händlern Brote abzuliefern und das Geld dafür einzuziehen. Von diesem einfassierten Gelde unterschlug er im ganzen 440 Zloty. Als der Arbeitgeber dem ungetreuen Tischler Vorhaltungen wegen der Unterschlagungen machte, verklagte dieser ihn obendrein wegen Beleidigung! Das Gericht verurteilte den J. zu zwei Monaten Gefängnis. — Wegen Diebstahls sind die Arbeiter Johann Jabrowski und Wladyslaw Wronowski aus Muronowice angeklagt. Sie stahlen am 27. Januar dieses Jahres von einem Gutshof 14 Zentner Heu und versuchten, daß Heu hier zu verkaufen. Beide werden zu zweieinhalb Wochen Gefängnis verurteilt.

Über einen neuen Gaunertrick hatten wir kürzlich berichtet, durch den ein biefiges Schuhgeschäft mit Hilfe eines gefälschten Wechsels geschädigt worden war. Nunmehr erfahren wir, daß bei dem Schneidermeister Gaca, Jonkestraße 20, angeblich ebenfalls von der Firma Müller angerufen wurde, daß ein Angestellter kommen und für einen Wechsel sich Garderobe auszulegen würde. Es erfuhr tatsächlich ein junger Mann und suchte sich einen Zugang, trat und Wände aus. Er legte einen Wechsel über 250 Zloty vor, der von der Firma Müller gültig war. Auch dieser Wechsel war gefälscht. Die Nachforschungen nach dem Betrüger sind bisher ergebnislos geblieben.

Einbrecher drangen letzte Nacht in die Fleischerei Wiberta, Chausseestraße 79, ein und entwendeten für etwa 500 Zloty Räucherwaren. Die Diebe konnten unerkannt entkommen.

Verhaftet wurden eine Person wegen Diebstahls, eine wegen Beuges und eine wegen Trunkenheit.

* * *
Czarnikau, 24. Oktober. Im Posener Diakonissenhaus verstarb am Mittwoch früh um 3½ Uhr im Alter von 58 Jahren der hiesige Buchdruckerbesitzer Arthur Specht. Der Verstorben war Jahrzehnte hindurch Herausgeber und Schriftleiter des "Anzeigers für den Kreis Czarnikau", einer dreimal wöchentlich erscheinenden deutschen Zeitung, die bis zum politischen Umsturz amtliches Kreisblatt war. Mit unermüdlichem Fleiß und vielem Geschick war es ihm gelungen, seinen Anzeiger trotz des Massenverbots der kleinen Presse und der starfen Abwanderung der Deutschen bis zu seinem Tode am Leben zu erhalten, — eine Tat, für die ihm das Deutschland seiner Heimat immer dankbar sein wird. Arthur Specht war ein treues Mitglied seines Volkstums und seiner Kirche; auch darin ein Vorbild, daß man augleich ein guter Katholik und ein guter Deutscher sein kann. — Seit Jahren litt der Verstorbene an einer Zwerkrankheit. Dazu trat vor einigen Tagen eine Kopfrose, die vom Hals auf das Gehirn übergriff und zu den tödlichen Tod herbeiführte. Die Beerdigung fand am Sonnabend unter starker Beteiligung beider Nationen und Konfessionen statt.

* Koszmin (Kozmin), 24. Oktober. Feuer brach beim Landwirt Ignacy Burek in Koszmin aus bisher noch nicht festgestellter Ursache aus, dem in kurzer Zeit sämtliche Gebäude zum Opfer fielen. Die ganze diesjährige Ernte, alle landwirtschaftlichen Maschinen und sieben Schweine wurden ein Raub der Flammen. Aus dem brennenden Wohnhause konnten nur wenige Gegenstände gerettet werden. Die Rettungsarbeiten wurden durch den herrschenden heftigen Wind nicht nur erschwert, sondern sogar fast unmöglich gemacht. Der Schaden ist sehr groß.

* Radetz (Radetz), 24. Oktober. Bubenreith. In der Abendstunde gegen 10 Uhr schlugen gestern Bubenhände dem Kaufmann Merten in der Halera, früher Poenerstraße, sechs große Fensterscheiben ein. Hoffentlich gelingt es der Polizei, der Täter habhaft zu werden, damit die Freveltat ihre Sühne findet. Vor einiger Zeit wurde gleichfalls einem jüdischen Kaufmann in der Brombergerstraße die große Schaufensterscheibe eingeschlagen.

* Rawitsch (Rawitsch), 25. Oktober. Ein glücklicher Zufall wollte es, daß hinzukommende Kirchenbesucher eine ziemlich genaue Beschreibung des Täters der sofort benachrichtigten Polizei liefern konnten. Dank deren energischen Maßnahmen gelang es auch, den Einbrecher in der Abendstunde auf der Chaussee hinter Sarne zu stellen und ihm den Raub — über 100 — wieder abzunehmen. Der Einbrecher soll in Nowy Wroclaw beheimatet sein.

* Wirsitz (Wyrzyk), 25. Oktober. Das seltene Fest der goldenen Hochzeit beging am heutigen Tage Josef Rolla mit seiner Frau Johanna, geb. Borunski.

Hauptredakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für den redaktionellen Teil: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygoda; gedruckt und herausgegeben von A. Dittmann & Co. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 219.

In Deutschland
liest die
Deutsche Rundschau
für November (einschl. Porto) 2,50 Reichsmark.
Einzahlung auf Postcheck-Konto Stettin 1847.



Prüfen Sie überall, Sie kaufen doch bei uns!

Flotte Übergangsmäntel aus englischartigen Stoffen mit angewebtem Futter 95.-, 75.-

Vornehme Ripsmäntel in blau und schwarz, mit reicher Pelzgar- nierung, ganz auf Watteline und Futter 180.-, 140.-, 125.-, 105.-, 95.-

Plüschrätsche in Ware in jugendlichen und Frauenformen auf elegant seidenem Steppfutter 200.-, 160.-, 125.-

Wollrips-Kleider mit langem Arm, farbig gepaspelt und Kurbel- arbeit 92.-, 75.-, 45.-

Solide Anzüge aus starken Strapazier-Qualitäten 95.-, 75.-, 45.-

Herbst-Mäntel in eleganten, zweihreihigen Formen 145.-, 125.-, 110.-, 90.- 75.-

Winter-Mäntel in feinster Verarbeitung mit Pelzschalkragen, ganz gefüttert, auf Watteline gearbeitet 190.-, 155.-, 130.-

Sport- u. Geh-Pelze auch Fahrburken in allen Größen und großer Auswahl.

Spezialhaus für Herren-, Damen- und Backfisch-Kleidung

„WŁOKNIK“ Inhaber: **F. Bromberg**

Bydgoszcz, Stary Rynek 5/6 (Friedrichsplatz).

13451

Puppen	unverschlagbar von zt	2.-
Puppenkörper	" "	1.30
Puppenwagen	" "	13.-
Schaukelpferde	" "	15.-
Spieldachen aller Art		

Wer jetzt kauft, spart Geld, da Ausnahmepreise.
Spieldachenfabrik 12780

T. Bytomski

Dworcowa 15a Puppenklinik Gdańsk 21

„Flöther“



Dampf- u. Motor-Dreschmaschinen
sind unübertroffen in Konstruktion, Leistung und Lebensdauer 13109

A. MUSCATE

Landmaschinen G. m. b. H. Danzig, Steindamm 8
Fernsprecher 284 27.

Vorschriftsmäßige

Miets-Quittungsbücher

zt 1.35

Versand nach außerhalb gegen Einsendg. von zt 1.50

A. Dittmann, T. z. Bydgoszcz

ul. Jagiellońska 16. 7552



Hasen

Rehe

Hirsche

Kaninchen

kauf

zu höchst. Tagespreisen

Sofortige Kasse od. Bahnnachnahme.

F. Ziolkowski,

Bydgoszcz

ulica Kościelna 11

Telefon 1095, 224, 1695.

Filiale Grudziądz,

Spichrzowa 10, Tel. 921

Damen Schneiderin

empfiehlt sich 7067

M. Wybrańska,

Gdańska 149, Hof, Ifs.

Prima 13455

Sonnenblumen-

kuchenmehl

Leinkuchenmehl

Baumwollsaatmehl

Sojabohnenschrot

Maisschrot

Fischmehl

offeriert ab Lager

Landw. Zentral-Genossenschaft

Sp. z. nieogr. odp.

Filiale Koronowo.

Telefon 16.

Deutsche Bühne

Bydgoszcz 2. 3.

Donnerstag, d. 27. Okt.

abends 8 Uhr:

Neuheit! Neuheit!

Der

Fußballkönig

Schwart in 3 Akten von Max Reimann

und Otto Schwarz.

Eintrittskarten bis einschlgl. Mittwoch in

Johne's Buchhandlung,

Donnerstag von 11-1

und ab 7 Uhr abends

an d. Theaterklasse. 13484

Sonntag, d. 30. Okt. 27

abends 8 Uhr:

zu ermäßigt. Preisen

13485

Der Sturm

Zauber - Lustspiel

in 5 Bildern von W. Shakespeare

übersetzt von Wilhelm von Schlegel.

Musik von Wilhelm Taubert.

Eintrittskarten ab

Donnerstag bis einschl.

Sonnabend in Johne's

Buchhandlung, Sonntag

von 11-1 u. ab 7 Uhr

abends an d. Theater-

klasse. Die Leitung.

Gänzlicher Ausverkauf

wegen Aufgabe des Geschäfts.

Billige Kaufgelegenheit!!

Empfehlung zu jedem annehmbaren Preis:

Haar-, Woll- u. Velour-Hüte
Chapeau claque, Mützen
Oberhemden, Krawatten, Kragen
Strümpfe, Handschuhe, Schals
Taschentücher, Hosenträger
Spazierstöcke usw.
Pelzkragen, Felle.

W. Zweiniger, Herrenartikel- u. Pelzgeschäft
Nur Bahnhofstr. (Dworcowa) 15. 12568

Der Herr

kleidet sich elegant bei

Waldemar Mühlstein

Schneidermeister

ul. Gdańsk 150 Danzigerstr.

Fernruf Nr. 1355.

12358

Dr. Probstel & Co.

Gniezno

färbt Stoffe aller Art; Trauersachen in kürzester Zeit

reinigt Damen- und Herren-Garderobe, Portieren, Teppiche, Pelze etc.

plissiert, fertigt Hohlsaum an.

Ausführung gut und billig. 6750

Filiale in Bydgoszcz: ul. Gdańsk 141.
Inowrocław: ul. Dworcowa 20.

Motorschlepper WD Hanomag

28 P. S. für Petroleumbetrieb

Stockraupen

25 P. S. für Petroleumbetrieb

sowie

Anhängegeräte

hierfür liefert

Landw. Zentralgenossenschaft

Spółdz. z ogr. odp.

Geschäftsstelle Bydgoszcz

Tel. 291, 374

Dworcowa 30

13182

Photograph. Kunst-Anstalt

F. Basche, Bydgoszcz-Około

Anerkannt gute Arbeiten.

Spezialist für Kinder-Aufnahmen.

Damen- und Herren-

PELZE

sowie Garderobe fertigt erstklassig

J. Drzycimski,

Bydgoszcz

Plac Wolności 2, 1 Treppe

Telephon 166. 13397

Jagdwaffen u. Munition

Ernst Jahr

Dworcowa 18b Bydgoszcz Telephon 1525

Möbel

empfehle unter günstigen Bedingungen:

Romant. Speisezimmer,

Schlafzimm., Küchen,

wie eine Schränke,

Tische, Bettst., Stühle,

Sofas, Sessel, Schreibtische,

Mah. Salond und

Gegenstände. 12380

M. Piechowia,

Dwiga 8. Tel. 1651

Schöne Tafel- und

Kochäpfel abzugeben

1332 Promenada 10.

Obstbäume

u. -Sträucher

wie: Apfel, Birnen,

Kirschen, Pfirsiche,

Aprikosen, Stachel-

und Johannis-

beeren sowie andere

div. Ziersträucher zu

angemessenen Preisen

empfiehlt 7027

<p